1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen



Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom

Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D

Bundesverband Deutschland e. V.

15. Jahrgang | Nr. 10 | Oktober 1984

„VÖLKER höret die Signale . . .!"

Waldsterben, Atomkraftwerke, Raketen, vergifteter Ackerboden . . .

Die „Internationale" ohne Nationale?

Die LSI Nr. 8/84 mit dem Thema 'Volksentscheid' lösten eine Welle von Zuschriften aus. Wir bringen im Folgenden einen Teil dieser Beiträge. Zuvor jedoch einige Gedanken zum Begriff selbst und damit zu den Hintergründen unserer Demokratie.

Wer vom Volksentscheid spricht und einen solchen fordert, setzt, wenn auch vielleicht unbewußt, die Existenz eines Volkes voraus. Es ist damit eben nicht Massen-Entscheid oder Basis-Entscheid oder Gesellschaftsentscheid gemeint, sonst hätte man gerade bei uns einen dieser Begriffe gewählt.

Wer sich noch einen Rest von Sprachgefühl bewahrt hat, erkennt ohne rationale Erklärung, daß mit dem Wort Volksentscheid etwas anderes anklingt als mit den drei genannten Varianten.

Im Begriff 'Volk' wird ein übergeordnetes Individuum (das Unteilbare), eine Wesenheit angesprochen, die das Bindeglied zwischen der persönlichen Individualität und der Menschheit darstellt. Wie ein Volk ohne ausgeprägte Persönlichkeiten unscheinbar wird, an Bedeutung verliert, so kann auch die Menschheit ihre bunte Farbigkeit erst durch die ausgebildeten Volkstümer gewinnen.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß sowohl selbständige Individualitäten als auch selbstbewußte Völker jede Herrschaft über sie – bis hin zur Weltherrschaft – erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Vielleicht wäre es hilfreich – gerade für Sozialisten und Demokraten – die kulturzerstörende Vermassung unserer Zeit durch nivellierende Mode, rhythmischen Lärm, Medien, Gurus und Lächerlichmachen bis Verunglimpfung des eigenen Volkstums oder eigenständigen Denkens einmal unter diesem Gesichtspunkt zu ergründen.

Zu einem Volk gehören auch seine Geschichte und sein Wohnraum, das Heimatland. Wer es liebt und als Mutter- oder Vaterland empfindet, wird es weniger leichtfertig zerstören um des Kapitalinteresses willen.

Die Möglichkeit des Volksentscheides wurde gerade in dem Augenblick mit großer Eindringlichkeit erörtert, als eine neue Bedrohung für Volk und Land in Mitteleuropa durch die Raketenstationierung erfolgte. Lebt trotz aller verbalen Distanzierung vom eigenen, dem deutschen Volk, vielleicht doch noch etwas von diesem Empfinden in den Seelen junger Menschen?

Erstaunlich in unserem Land, indem seit nunmehr 39 Jahren dem Idol „Demokratie" jedes ursprüngliche Gefühl, jede Bindung an die Heimat und auch noch das Leben selbst geopfert werden sollen. Wie anders läßt sich der Bericht über die Landtagsdebatte in Baden-Württemberg verstehen – berichtet in der Stuttgarter Zeitung Nr. 46/83 unter der Überschrift „Demokratie oder Wald",

Da hatte der grüne Abgeordnete Winfried Kretschmann gesagt: „Die Natur folgt den Gesetzen der Gesellschaft nicht. Sie hat ihre eigenen. Ihnen muß sich die Gesellschaft unterwerfen".

Eigentlich ist das eine Selbstverständlichkeit für einen denkenden Menschen. Was aber folgert der Redakteur?

> „Zum Glück stellt sich die Alternative 'Wald oder Demokratie' nicht in der Art, wie sie von Schött und Kretschmann postuliert wurde. Demokraten haben schließlich mehr Zutrauen in ihr System als manche Ökologen. Aber gäbe es diese verschrobene Alternative wirklich, so könnte die Antwort nur lauten: **„Lieber Demokratie als Wald".**

Ein Einzelfall, meint vielleicht mancher Leser – immerhin im Leitartikel der Stuttgarter Zeitung! Und der Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Dr. Albrecht, sieht es ganz ähnlich:

> „Der Wald ist wichtig, sehr wichtig;
> **aber das Recht ist noch wichtiger". –**

So in „Badische Neueste Nachrichten" vom 15. 9. 84 als Schlagzeile.

Wenn wir wissen, daß mit dem Wald der Mensch zu sterben beginnt, dann wird der heute als „rechts-" oder „linksradikal" bekämpfte eigenständig denkende Mensch hellhörig. Hier soll dem System, der Demokratie, das Leben geopfert werden. War das gemeint mit der mühsam erkämpften Volksherrschaft, die einst die Herrschaft der Feudalherren und Absolutisten ablösen sollte?

Aus deutschem Boden sind ein Luther, der die damalige Macht der Kirche aufzubrechen vermochte, ein Engels und Marx, die die Weltbewegung des Kommunismus gegen Ausbeutung und Unterdrückung einleiteten, und ein Rudolf Steiner, der die alternative Landwirtschaft, Schule, Medizin gegen die Herrschaft einer ausschließlich materialistischen Naturwissenschaft begründete, her-

vorgegangen. Fürchten die Herrscher, die Mächtigen der Jetztzeit, daß heute noch aus diesem Volkstum das Aufbegehren gegen ihre Orwellschen Weltherrschaftspläne hervorgehen könnte (– zu diesem Volk gehörte auch ein Silvio Gesell, der die Zinsknechtschaft anprangerte –)?

Bereits 1910 hat der Franzose Francis Delaisi in seinem Buch „La Démocratie et les Financiers" darauf aufmerksam gemacht: daß es „dem Großkapitalismus gelungen ist, aus der Demokratie das wunderbarste, wirksamste, biegsamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen."

Gilt darum das 1918 von Woodrow Wilson so feierlich beschworene Selbstbestimmungsrecht der Nationen gerade für das deutsche Volk nicht?

Die Natur und der Mensch beginnen bereits sichtbar um uns herum zu sterben. Die Parteien und die Volksvertreter diskutieren über die möglichen Ursachen – immerhin etwas! – nachdem sie jahrelang besorgte Umweltschützer verspotteten. Getan wird fast nichts. Es kann uns dies nicht wundern, solange sie alle erklärtermaßen keine „deutsche Politik" machen oder gar machen wollen, wie von SPD, F.D.P. und Grünen wiederholt gesagt. Warum wählen wir Vertreter, die gerade nicht ihren Auftraggeber, das Deutsche Volk, vertreten wollen, sondern irgendeine ungenannte abstrakte Größe, denn sie sind ja wohl kaum von uns gewählt, um die Russen oder die Amerikaner oder etwa die Chinesen zu vertreten.

Ein Volksentscheid ohne „Selbsterkenntnis des Volkstums", wie von Rudolf Steiner als Aufgabe unserer Zeit dargestellt, ist nicht vorstellbar. Eine „Volksherrschaft" ohne Volksbewußtsein ebenso wenig.

In unserem Volk aber beginnt bei dem Wort „national" und erst recht bei dessen Übersetzung „völkisch" – immer häufiger ein Automat zu schnurren: „national – nationalistisch – nationalsozialistisch – faschistisch – rassistisch – Judenvergasung – Punkt-Schluß.

Und wir wenden uns mit edlem Abscheu ab, von wem?: von uns selber. Kein Wunder, daß wir dann ungerührt zur Kenntnis nehmen, daß die Muttermilch vergiftet ist, die Wälder sterben und das meiste ABC-Kriegsmaterial auf deutschem Boden gelagert wird – wohlgemerkt von den friedlebenden Siegermächten des 2. Weltkrieges, nachdem doch der einzige wirkliche Kriegstreiber – die Deutschen – in Nürnberg hingerichtet wurde.

Besonders erstaunlich ist für den nachdenklichen Betrachter, daß in diesem Land ohne Volk die angeblich kritischen, fortschrittlichen Menschen, die überall aufpassen, daß kein Mitbürger gegen die Mitmenschlichkeit verstößt, die schnellsten Automaten-Schnurrer sind. Ich habe selten erlebt, daß sie sich gefragt hätten, wer sie eigentlich so programmiert habe; und sie verstehen doch vielfach etwas von Computertechnik.

Wofür und mit wem also den Volksentscheid?

Müssen wir uns nicht vielleicht zunächst darüber verständigen?

UHW

Leserzuschriften

Sehr geehrter Herr Cohrs!

Zum Thema „Volksentscheid" will ich Ihnen eine Kurzfassung zukommen lassen:

Eine **echte** Demokratie tritt erst dann für mich ein, wenn in allen lebenswichtigen und -entscheidenden Belangen das Volk (die Wähler), über Wahlen hinaus, d.h. innerhalb des 4-jährigen parlamentarischen Besitzstandes, erneut durch Volksentscheid befragt wird.

Es darf doch nicht so sein, daß unsere Volksvertreter glauben, zu ihrer Wahl hätten sie auch alle Weisheit, was den Artikel GG 2,2 betrifft, für sich gepachtet. Gerade die Lobbyisten, in allen Interessenvertretungen im Bundestag, befürchten nichts mehr als einen Volksentscheid, weil sie erahnen, daß der aufmerksame, hellhörige und im Zeitalter der immer mehr verseuchten und bedrohten Umwelt aufgeklärte Wähler, ihrem selbstherrlichen Gefühle, eine eindeutige Schlappe erteilen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhold Eisenbarth (63 Jahre)

Oststraße 5

6630 Fraulautern

18. 8. 1984

Anmerkungen zum Dialog „Volksentscheid" in den LSI 8/84

Wie schade, Herr Hasen-Müller, daß Sie polemisch werden, da Sie doch hohe, hehre Ideale vertreten: „Die Initiatoren Volksentscheid jedenfalls sind sich dessen bewußt, daß sie einem höchsten Vernunft-Wesen, einer Logos-Wesenheit zum Durchbruch verhelfen wollen."

Wie schön wäre das! Leider habe ich im letzten Jahr im WSL in Baden-Württemberg vielfältige Erfahrungen gemacht, die mir den Mut raubten, Ihren Glauben an die „gesellschaftliche Vernunft, die das Gemeinwohl regeln soll" zu teilen:

Die tägliche Erfahrung in unserem Land zeigt uns die Notwendigkeit, daß wir uns alle mit mehr Wachheit, Selbstbewußtsein, Zivilcourage für rechtliche Verfahrensweisen, für Beachtung der Satzungen, auch für unsere Verfassung einsetzen. Bei Volksbefragungen und -abstimmungen bleiben sehr oft Wachheit, Nüchternheit, Rechtlichkeit auf der Strecke. Emotionen ohne Vernunft und Massenpsychosen haben wir im 3. Reich leidvoll kenengelernt.

Sie, Herr Hasen-Müller, vertreten mit Vernunft und Engagement die Aktion Volksentscheid. UHW hat Nachdenkliches aus jahrzehntelangen Erfahrungen heraus dazu geschrieben. Polemik aber ist fatal, da Sie beide doch das Für und Wider ehrlich ergründen wollen.

Gisela Dick

Aktion Volksentscheid – Meinungskontroverse in Nr. 8/LSI

Liebe Mitmenschen!

In der Annahme, daß Zahl und Inhalt von Leserbriefen zu diesem Thema eine beabsichtigte Barometer-Funktion übernehmen sollen, gebe auch ich dazu eine Stellungnahme ab. Sie gliedert sich in

1. Die Argumentation pro Volksentscheid von Berthold Hasen-Müller liegt mir persönlich mehr als die – in sich durchaus auch sehr korrekte und logische – von UHW.

Beilagenhinweis

Dieser LSI liegt ein Info-Blatt des LV Vorarlberg bei mit dem Titel: „Kinder klagen an."

2. Typisch wie immer bei intellektuellen Schlußfolgerungen liegt **eine** Antwort stets schom im Ansatz der Fragestellung verborgen. Das heißt: Weichen die Fragestellungen voneinander im Ansatz ab, ergeben sich – trotz und gerade wegen logischer Zwangsläufigkeiten – unterschiedliche „richtige" Ergebnisse.
3. Das allgemeine Dilemma unserer Zeit wird auch mit Volksentscheid nicht zu lösen sein. (Wir leben nicht das Leben, sondern das Leben lebt uns.)

Meines Erachtens wird der evolutionäre Prozeß vorangehen. Ob dabei Völkerschaften ausgerottet werden – wie schon zigfach gehabt, oder ob die Menschheit total „degeneriert", das macht bestenfalls einen Unterschied in Jahrmillionen.

Das Besondere unserer Zeit sehe ich dagegen in der Chance, daß die Menschheit sich bewußt vor den Karren der Evolution spannt. Die Voraussetzungen dafür waren nie so gut wie heute, wie Gott sei Dank, schon eine Menge namhafter Persönlichkeiten geäußert haben.

Das Ziel der Evolution kann nur sein ein nie endendes „Halleluja"!

Das hätten Sie nicht gedacht, was??

Teilhard de Chardin hat sich sehr, sehr lesenswert dazu geäußert und viele, viele Bücher geschrieben und noch mehr inspiriert.

Ich sage das Wesentliche in einem Vierzeiler:

Das Leben, denkt der Mensch beschränkt,
das Leben sei ihm doch geschenkt. –
Dieser Irrtum wird verziehen
dem, der einsieht: NUR GELIEHEN!

Jürgen Friedrich
Nedderhulden 1
2081 Borstel-Hohenraden

Direkte Demokratie

Wo bleibt die echte zweite Kammer?

Die allgemeine Diskussion über „Direkte Demokratie und Volksentscheid" erhitzt immer mehr Gemüter. So ist es verständlich, daß sie auch in den „Lebensschutz-Information Nr. 8" einen breiten Raum einnahm. Alle sollten sich an ihr beteiligen, denn sie ist entscheidend für den Fortbestand der Demokratie, vielleicht sogar für den Fortbestand der Menschheit.

Es war großzügig von Frau UHW, Herrn Hasen-Müller vom Achberger Kreis so ausführlich nach ihr das Wort zu überlassen, aber er konnte trotz aller Eloquenz noch nicht ganz überzeugen. So sehr ich für mehr direkte Demokratie eintrete, so einleuchtend waren auch die Einwände von UHW. Selbst Hitler hat mehrmals Referenden gemacht und sie mit Hilfe von Demagogie und Propaganda haushoch gewonnen. Wer heute Macht und alle Geldmittel hat, kann mit einigem Geschick Ähnliches erreichen, selbst bei vermeintlicher Chancengleichheit.

Ich möchte heute zum Thema mit zwei neuen Gesichtspunkten beitragen. Da ich bei den GRÜNEN Basisdemokratie im Entstehen miterlebe, kann folgendes aus der Praxis als erwiesen gelten: strittige Themen kann einer selten allein in seinem Kämmerlein entscheiden, sie bedürfen der lebendigen Diskussion. Demnach braucht die „Direkte Demokratie" zum Funktionieren Tausende von Basisgruppen, in denen vor jedem Referendum Vorentscheidungen fallen. Ich meine: solange das im geplanten Gesetz nicht verankert ist, bleiben UHW's Einwände stichhaltig.

Zweitens glaube ich, daß wir bei der Diskussion um den Volksentscheid eines der wichtigsten demokratischen Instrumente, **die 2. Kammer,** vergessen haben. Unser Bundesrat ist nämlich gar keine zweite Kammer, sondern nur eine etwas verschobene Ebene der Parteienpolitik. **Eine echte zweite Kammer muß eine Volkskammer sein,** in der die Parteien nichts zu sagen haben. Sie wird von Bürgerinitiativen oder anderen polit. Vereinen, von Hochschulen, Arbeitergewerkschaften, Handwerkerinnungen, Unternehmerverbänden etc. entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung direkt mit Delegierten beschickt. Sie hat die Funktion, Gesetze der ersten Kammer zu korrigieren oder abzulehnen. Ihre Mitglieder werden von den Gruppen nach eigenen Regeln gewählt und ständig basisdemokratisch erneuert.

Wenn diese zweite Kammer demokratisch funktioniert, d.h. Kontrolle der Macht durch das Volk ermöglicht, dann brauchen wir den Volksentscheid nur in ganz seltenen Ausnahmefällen, nämlich wenn die Kontroverse zwischen den Kammern nicht parlamentarisch überwunden werden kann. In diesen Fällen ist aber das Thema schon allen längst bekannt und jeder Bürger hatte Gelegenheit, sich entweder in seiner politischen Gruppe oder im Freundeskreis ein fundiertes Urteil zu bilden.

Eine solche Kombination wäre meines Erachtens eine brauchbare und weniger manipulierbare Form einer direkten Demokratie. Ich stelle sie daher heute zur Diskussion.

Walter Harless
Gründungsmitglied der GRÜNEN
Residenzstraße 20
8000 München

Napoleon über die Deutschen:

Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Zwiespalt brauchte ich unter ihnen nicht zu säen. Ich brauchte nur meine Netze auszuspannen, dann liefen sie wie scheues Wild hinein.

Untereinander haben sie sich gewürgt, und sie meinen, damit ihre Pflicht zu tun. Törichter ist kein anderes Volk auf der Erde.

Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.

Wir fanden dieses Wort Napoleons in der „Aussprache", dem Mitteilungsblatt des Arbeitskreises Unabhängiger Deutscher – AUD – Nr. 23/1984 (Herausgeber: Kurt Neumann, Rathenaustr. 16, 7014 Kornwestheim)

Die Diskussion über direkte Demokratie

ergreift erfreulicherweise immer weitere Kreise. Allfällige Versuche, direktdemokratische Anliegen als verfassungswidrig oder als politisch unerwünscht abzutun, werden zunehmend von immer mehr Menschen als Versuche der Manipulation erkannt, und es wird ihnen fundiert widersprochen.

Eines der jüngsten Beispiele war eine Leitglosse der „Frankfurter Allgemeinen" vom 10. 8. 84 von **Robert Held,** „Afrikanisches Beispiel". Hier sollte am Beispiel Zimbabwes dargetan werden, auf wie dubiose Sachen man sich mit Volksabstimmungen einlasse.

Daraufhin untersucht Rechtsanwalt **Hugo Lueders,** Wolfsburg, in einem Leserbrief (FAZ vom 22. 8. 84) vor allem die verfassungsrechtliche Frage, ob Artikel 20 II 2 des Grundgesetzes ein Verfassungsangebot zur Konkre-

tisierung des Abstimmungsrechts enthält, das der Bundestag bisher unterlassen hat, in der erforderlichen Form zu verwirklichen.

Er grenzt die Volksabstimmung scharf gegenüber der Volksbefragung ab, wie sie z.B. der Nationalsozialismus mit Gesetz vom 14. 7. 1933 eingeführt hatte, und wie sie sich als das genaue Gegenteil einer unmittelbaren Teilnahme der Menschen an staatlichen Entscheidungen darstellt, „da die Initiative und die Legitimation eines rechtsstaatlichen Plebiszits nicht von den Staatsorganen, sondern ausschließlich vom Volk als dem Träger der Staatsgewalt ausgehen dürfen."

Er widerlegt „die Legende von der übereinstimmenden Gegnerschaft der Väter des Grundgesetzes zu Volksabstimmungen." Eine solche könne den Protokollen, insbesondere des Ausschusses für Grundsatzfragen, nicht entnommen werden. "Im Gegenteil: Aus den Protokollen des Parlamentarischen Rates geht einwandfrei hervor, daß das direktdemokratische Abstimmungsrecht durch Mehrheitsentscheidung als uneingeschränkter Programmsatz in Artikel 20 II 2 aufgenommen wurde." Und weiter: „Der Rechtsgrundsatz der Volksabstimmung gehört gemäß Artikel 79 III des Grundgesetzes zum unantastbaren Bestand der Fundamente unserer Verfassung." Der Verfasser schließt:

„Nach Auffassung auch einer wachsenden Zahl von Staats- und Verfassungsrechtlern könnte die Einführung einer rechtsstaatlichen, medienpolitisch ausgewogenen plebiszitären Komponente auf Bundesebene das vielbeklagte Legitimationsdefizit des heutigen politischen Systems einer repräsentativen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland beseitigen helfen. Das Grundgesetz enthält hierzu ein verfassungsrechtliches Gebot."

In gleicher Weise wendet sich der Leserbrief von **Uwe Schiller,** Nürnberg (FAZ vom 25. 8. 84) gegen die laxe Behandlung dieses wichtigen Problems und fragt: „Fragwürdige Volksabstimmungen? Wenn schon etwas fragwürdig ist, dann ist es dieser Artikel selbst. Da darf man schon Methode dahinter vermuten: die Methode der Begriffsvernebelung. Volksabstimmung, Plebiszit, Referendum – der Verfasser wirft alles in einen großen Topf . . ." Der Verfasser kommt zu dem Schluß:

„Deswegen sind in einer heutigen westlichen Demokratie mit ihren Massenmedien folgende Punkte bei der Verwirklichung auch der direkten Demokratie neben der repräsentativen Demokratie zu berücksichtigen: 1. Die Volksgesetzgebung darf nur durch die Initiative (von unten) eingeleitet werden. 2. Die Medienbedingungen müssen so beschaffen sein, daß über alle Seiten des zur Abstimmung stehenden Gesetzes informiert wird."

Aus „Informationsdienst für direkte Demokratie" 9/84

Therapieversuch bei Waldsterben

Medieninformation am 23. August 1983

„Wer glaubt, mit dem Waldsterben sei es fünf vor zwölf, dessen Uhr geht nach. Wir sind näher am Zenit einer Katastrophe, als viele gern wahrhaben wollen."

Diese Worte von Ministerpräsident Lothar Späth vor Waldbesitzern Mitte April 1983 in Freudenstadt sind bittere Wirklichkeit.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber spricht gleichzeitig davon, daß sich die Situation vom Herbst 1982 bis Frühjahr 1983 dramatisch verschlechtert habe.

Der Freiburger Prof. Walter Schöpfer meint sogar, daß man nicht genug dramatisieren könne: „Wir haben keine Zeit mehr".

Diese deprimierenden Aussagen sind der Hintergrund unserer heutigen Information und Diskussion.

Die Bürger unseres Landes sind in höchstem Maße beunruhigt und machen sich große Sorgen.

Forschungsvorhaben sollen noch bestehende Wissenslücken über die Ursachen des Waldsterbens schließen. Mit ungeheuren Anstrengungen wird analysiert, schon **über 3000 Schadstoffe werden genannt.** Leider führt von diesen Analysen kein direkter Weg zur Therapie.

Der allgemeine Tenor ist: Es gibt keine Therapie. Bäume werden auch auf optimalen Bodenverhältnissen krank. Die einmütige Forderung für eine saubere Luft ist so schnell, wie das nötig wäre, nicht zu verwirklichen, es sei denn, man würde die Schornsteine der Kraftwerke zumauern, den Autoverkehr stillegen und die Ölheizungen abstellen.

Da wir uns in der Medizin nicht damit begnügen können, unsere Patienten nur gesund und optimal zu ernähren, liegt es nahe, daß sich der Therapeut in mir regte, wenn ich die Problematik des Waldsterbens betrachtete. Für mich ist dies ein medizinisches Problem.

Menschen, Tiere und Pflanzen haben aufgrund ihres gemeinsamen Ursprungs biologisch verwandte Regelsysteme, die das Leben des Zellstaates gewährleisten. Mit potenzierten oder dynamisierten Arzneistoffen ist es möglich, dem kybernetischen System der Zellen Informationen zukommen zu lassen.

Gibt es doch eine Therapiemöglichkeit?

Mit den medizinischen Methoden, die wir heute als Naturheilverfahren bezeichnen, gibt es die Möglichkeit einer Stimulierung von Ausscheidungsvorgängen.

Wir unterstützen spezifische Regulationsabläufe, die der Entgiftung dienen und erhöhen dadurch die Ausscheidung von Schadstoffen. Die Bäume besitzen bereits ein Programm der Schadstoffeliminierung, sonst hätten sie die letzten 10 Jahre nicht überlebt. Dies reicht vielerorts nicht mehr aus. Die Toleranzgrenze an allzu vielen Standorten ist überschritten. Die Pflanzen werden mit der Neutralisation und dem Freisetzen der aufgenommenen Schadstoffe nicht mehr fertig. Ihre Konzentration steigt an, die Regelkreise brechen zusammen, es treten die verschiedensten Erscheinungen auf, die wir Krankheit nennen. Ist erst einmal die Vitalität der Bäume durch die Schadstoffbelastung gemindert, können Pilze und Parasiten überhandnehmen und den Rest besorgen. Ich habe die Erfahrung mit vielen tausend Heilungen durch das Prinzip der feindstofflichen Information aus meiner Praxis. Nach der Erkenntnis, daß auch Pflanzen die Informationen meiner potenzierten oder dynamisierten Wirkstoffe aufnahmen und erkannten, war der Versuch, dies bei erkrankten Bäumen zu beweisen, nur ein zwingender Schritt.

Nach einem Telefonat mit der örtlichen Forstverwaltung schrieb ich die Forstliche Versuchsanstalt in Freiburg an. Ich wurde zuständigkeitshalber nach Stuttgart verwiesen, wo man meinen Vorschlag zum Experiment positiv aufnahm.

Ich konnte den Hersteller des MB-Trac gewinnen, kostenlos einmal monatlich ein Fahrzeug mit Tankaufbau zur Verfügung zu stellen.

Am 15. März 1983 suchte ich zusammen mit dem zuständigen Oberforstrat die beiden Versuchsgebiete aus. Am 23. März fand mit der Rezeptur I die erste Behandlung statt. Der Waldboden wurde, wie man einen Garten gießt, mit der Wirkstofflösung besprengt. Am 19. April war die zweite Behandlung mit der Rezeptur II. Weitere Behandlungen am 17. Mai, 14. Juni, 12. Juli und dem heutigen 23. August schlossen sich an.

Nach 6 bis 8 Wochen waren die Bäume der Schadenstufe I (kränkelnd) wieder gesund. Die Nadeln wiesen eine glänzende Außenhaut und kräftige grüne Farbe auf. Bei den Bäumen der Schadensstufe II und III, von denen wir ursprünglich keine Genesung mehr erhofften, wurden kräftigere Austriebe sichtbar, die Nadeln des Jahrgangs 83 wurden z.T. doppelt so lang wie die Nadeln des Vorjahres und die Wipfel zeigten bei allen behandelten Bäumen einen kräftigen Längenaustrieb.

(Man erkennt kranke Bestände u.a. an einem zu kurzen Wipfelaustrieb.)

Nadeln, die schon gelb und braun waren, fielen nicht mehr ab, sondern wurden von der Basis her wieder grün.

Wir können das alles an den Bäumen gleich demonstrieren. 5 Monate sind im Leben eines Baumes wenig. Sie können aber auch entscheidend sein, denn man kennt Waldgebiete, die innerhalb 5 Monaten tot waren.

Dieser Versuch ist keineswegs abgeschlossen, wir können es uns aber nicht erlauben, untätig zuzusehen, bis sich die bisher guten Ergebnisse in zwei Jahren weiter verfestigt haben. Auch das Forschungsprogramm des Landes Baden-Württemberg kann bei weitem nicht alle Wünsche berücksichtigen. Wenn Gefahr in Verzug ist, die der Staat alleine zentral niemals bewältigen kann, dann sind **die Umweltorganisationen sowohl wie die privaten und die kommunalen Waldbesitzer aufgerufen, selbständig tätig zu werden.**

Die Kosten pro Hektar von 240 bis 360 DM sind meines Erachtens vergleichsweise gering, wenn man berücksichtigt, welche Werte auf dem Spiel stehen.

Wenn 1984 einige hundert Städte und Gemeinden nur 10 oder 20 ha mit diesem Verfahren behandeln würden, hätten wir viele Vergleichsflächen und die Schäden könnten gleichzeitig verhindert werden.

Neben der eingangs erwähnten dringenden Notwendigkeit einer rigorosen Verminderung des Schadstoffausstoßes ist ein Gebot der Stunde, daß wir alle unsere Einstellung zur Natur im positiven Sinne verändern. Die Natur kann sehr wohl ohne den Menschen leben, der Mensch aber niemals ohne eine gesunde Umwelt.

Wenn wir nicht unsere Rücksichtslosigkeit aufgeben und die Natur weiterhin als große Müllkippe betrachten, werden wir das Ziel einer lebenswerten Zukunft nicht erreichen.

Es darf fortan nicht alles Machbare gemacht werden, sondern nur das an Fortschritt verwirklicht, was den Menschen nützt.

Dr. med. vet. B. Schell

(siehe auch Seminare im COLLEGIUM HUMANUM S. 9)

Radioaktivität und Waldsterben

Fortsetzung aus LSI 9/84 Seite 10

Aus rein wissenschaftlichen Gründen zugunsten der Atomindustrie hielt man bis heute trotzdem an ihnen fest.

Durch die von **Roland Bohlinger** in jahrelanger wissenschaftlicher und rechtlicher Präzisionsarbeit durchgefochtenen Atomprozesse wissen wir, daß die bundesdeutsche Justiz sich bisher einheitlich darauf beruft, daß diese Grenzwerte gültig und die zu erwartenden Erbschäden deshalb hinzunehmen seinen (!). Eine genetische Schädigung der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik sei rechtlich („keine besondere Rechtsbetroffenheit") nicht zu beanstanden. (Siehe hierzu: Roland Bohlinger: Beweismittelbände zu Atomfragen, Band 1: Der Mülheim-Kärlich-Prozeß, 1490 Seiten, DM 70,–; Band 2: Der Obrigheimer-Prozeß, 600 Seiten, DM 38,–; beide 1984; erhältlich bei DRLV, Am Tolling 15, 2257 Struckum.)

Daß es im Grunde genommen bei Radioaktivität keine gefahrlose Untergrenze gibt, weiß nicht nur die einschlägige Wissenschaft schon seit langem obwohl immer wieder bestritten (siehe hierzu frühere Stellungnahmen von E. O. Cohrs im Auftrag des WSL-D aus den 70er Jahren sowie ältere Rundbriefe und Schreiben von Prof. Bechert); diese Tatsache wird auch durch jüngere Erkenntnisse über das „explodierende" Krebsrisiko auch schon bei Niedrigstrahlung belegt (siehe dazu z.B. B. E. P. Radford in Beir 1980).

Geschädigt durch den „sauren Regen" wird vor allem das Wurzelwerk der Pflanzen: die Feinwurzeln sterben ab. *Diese irreversiblen Schäden treten ebenso wie der* Schwund und schließlich Stillstand des Holzwachstums lange vor dem äußerlich sichtbaren Schadensbild auf. In diesem Zustand des schon Todgeweihten befinden sich die meisten, wenn nicht alle Waldgebiete der Bundesrepublik, die äußerlich noch intakt sind. Ihr endgültiger Tod ist, wenn es soweit einmal ist, eine bloße Zeitfrage. Er kann dann nach heutigem Kenntnisstand nur noch hinausgezögert, aber nicht mehr verhindert werden. Es sei denn, es gelänge, junge Bäume mit noch gesundem Wurzelwerk rechtzeitig nachzuziehen. Doch dies wird schon jetzt immer schwieriger. Im Erzgebirge zum Beispiel ist das Waldsterben schon soweit fortgeschritten, daß dies nicht mehr gelingt. Als Folge der weiterhin hohen, wegen Ausfalls der Filterwirkung des Waldes noch aggressiveren Luftbelastung mußten dort bereits Kinder und schwangere Frauen evakuiert werden. Der angestammte Lebensraum wird unwirtlich. Auch bei uns nehmen Erkrankungen der Atemwege rapide zu: Laut Statistik des *Landes Baden-Württemberg stieg die Todesrate bei* Atemwegserkrankungen binnen Jahresfrist um 10%.

Ergebnis:

Sieht man die genannten Beobachtungen zusammen, ergibt sich, daß es sich beim Waldsterben offensichtlich um Spätfolgen eines schon längere Zeit zurückliegenden mehr oder weniger komplizierten Zusammenwirkens von Prozessen handelt, an denen die bekannten Schadstoffe wie SO_2 und NO X (Stickoxyd) als Voraussetzung beteiligt sind, die aber offenkundig ins Unermeßliche beschleunigt und vervielfacht sowie räumlich weit ausgedehnt werden durch den Einfluß radioaktiver Teilchen. *Diese haben sich in nur wenigen Jahrzehnten durch* zahlreiche Atomspaltungen vor allem im Industriegürtel der Erde in gefährlichem Ausmaß angereichert. Wegen ihrer weiterhin ungehinderten Anreicherung und ihrer teilweise Hunderttausende von Jahren dauernden Zerfallzeiten werden sie der Menschheit noch lange größte Probleme verursachen, selbst dann, wenn sofort alle Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen auf der Erde stillgelegt und die Atombombenversuche, die von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt nun schon seit vielen Jahren in etwa gleichbleibend durchschnittlich wöchentlich stattfinden, eingestellt werden.

Diejenigen, die die Verantwortung für diese Entwicklung tragen, haben große Schuld auf sich geladen. Sie machen sich weiterhin der Brunnenvergiftung nach § 319 unseres Strafgesetzbuches an der ganzen Menschheit schuldig, wenn sie die weitere radioaktive Verseuchung der Erde trotz dieser Tatsachenlage nicht sofort mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu stoppen versuchen.

P. S.
Dr. med. **K. J. Seelig** (praktischer Arzt, 5521 Biersdorf) hat einen 50-seitigen Katalog mit Problemen der Radioaktivität und der drohenden Ökokatastrophe aufgestellt, die der Abklärung harren. Er sollte von Fachleuten zugezogen werden.

Hans-Joachim Aderhold

Erziehung und Schule
im Aspekt des Lebensschutzes

Zur politischen Grundlagenarbeit des Landesverbandes Niedersachsen.

Der Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen veröffentlicht im folgenden das Ergebnisprotokoll der Regionalsitzung des Wissenschaftlichen Beirates vom 14.1.84 in Lüneburg, in dem **Prof. Dr. Kreft** *die Gedanken seines Referates vom 16.11.83 in Hannover über das Tehma „Der Wettlauf zwischen Zerstörung und Lernen, über Erziehung und Schule im Aspekt des Lebensschutzes" zusammenfaßt. Der Verfasser, Professor Dr. Kreft, ist maßgeblich beteiligt an der Erarbeitung des Bereiches „Erziehung und Schule" der „Anregungen zu einem politischen Programm der ökologischen Bewegung" des Arbeitskreises Walsrode.*

1. Bei Eltern, Schülern, Lehrern und Erziehungswissenschaftlern wächst das Gefühl oder die Einsicht, daß die Schule in einer schweren Krise steckt: Die Krise der Schule fällt in eine Situation, in der die Schule mehr gefordert ist denn je. Mehr denn je nämlich kommt es darauf an, die Lernfähigkeit selbst, also geistige Aktivität, Kreativität, Spontaneität und Aufgeschlossenheit zu fördern, um ein tiefdringendes Umlernen, einen tiefbegründeten Neuansatz des Denkens möglich zu machen, damit die ökologische und kriegerische Katastrophe abgewendet werden kann. – Wenn es um Lernen, um eine neue Denkweise geht, dann ist die Schule besonders gefordert. Die Schule aber steckt, wie gesagt, selbst in der Krise. Worin besteht sie? Welche Ursachen hat sie? Wie ist ihr zu begegnen?

2. In der Schulkrise treffen mehrere Ursachen zusammen. Entscheidend aber ist die Unfreiheit der Schule, die vor allem aus ihrer immer intensiveren Bürokratisierung entspringt. Die Bürokratisierung nimmt erst den Lehrern, dann auch den Schülern über die Freiheit des Handelns und Lernens die des Denkens und erstickt schließlich jede Kreativität, mit der vielleicht die übrigen, zur Schulkrise führenden Faktoren überwunden werden könnten. Die Befreiung der Schule aus der bürokratischen Verwaltung der Schuladministeration ist deshalb die erste und wichtigste Forderung, die erhoben und verwirklicht werden muß. Das kann vorläufig nur durch den Ausbau des freien Schulwesens geleistet werden, vielleicht daß sich der Staat schließlich gezwungen sieht, die Schulen aus der bürokratischen Bevormundung zu entlassen und die Entscheidungen über die Inhalte, Methoden und Organisationsformen des Unterrichts den Betroffenen zu überlassen.

3. Gewiß ist es nicht damit getan, daß die Betroffenen selbst entscheiden, die Entscheidungen müssen in freien Diskursen, argumentativ und wahrheitsbezogen, fallen, nicht einfach in Verlängerung von Denkgewohnheiten oder im Haschen nach der jeweils neuesten Mode oder pädagogischen Heilslehre, ein Haschen, das aus der Verzweiflung über die Orientierungslosigkeit und Erfolgslosigkeit des eigenen pädagogischen Handelns entspringt.

Freie Schulen fordern und ermöglichen ein größeres Engagement aller Beteiligten, eine wirkliche Mitbestimmung von Schülern und Eltern, orientiert an der Idee eines gelingenden Aufwachsens der Schüler, nicht an Notendurchschnitten, nicht an nicht-rechtfertigungsfähigstoffhuberischen Lernzielkatalogen und nicht an Menschenbildern, die den Menschen als ein an die bestehende wissenschaftlich-technisch-ökonomische Normalität angepaßtes Rädchen definieren.

Freie Schulen werden nicht die höchst unterschiedlich veranlagten und vorgebildeten, vorgeprägten Schüler unter der Devise 'Chancengleichheit' dem gnadenlosen Konkurrenzsystem der Rangplatzverteilung nach Zahlenwerten (Zeugnisnoten) unterwerfen, sondern jedem Kind seine, das heißt die ihm gemäße Chance geben und es an seine Möglichkeiten messen, bzw. an seinen vorausgegangenen Leistungen, um ihm seine Lernfortschritte zu zeigen, nicht sein fortwährendes Zurückbleiben hinter einem abstrakten Soll. – Wie die bestehenden freien Schulen beweisen, bewirkt das alles eine ganz andere, eine positive Einstellung der Schüler zur Schule, zum Lernen – und entsprechend überzeugend sind die Erfolge.

4. Eine von der Bürokratie befreite Schule ist keine Schule der Willkür, sondern auf Wahrheit und Offenlegung und Öffentlichkeit verpflichtet. Das schließt vor allem ein, daß sie sich der kompetenten Öffentlichkeit, der Kritik der anderen Schulen und der pädagogischen Wissenschaft stellt und an der Diskussion teilnimmt.

Eine befreite Schule wird im Zusammenhang mit dieser Diskussion und mit der Reformbewegung der ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts die Fächer und Inhalte des Unterrichts überprüfen, neu gewichten und erweitern, aber auch auf das Exemplarische reduzieren. Das ist in freien Schulen schon geschehen. Während an der Staatsschule die sogenannten wissenschaftlichen Fächer überbewertet (und zugleich in unwissenschaftlicher Weise, nämlich stoffhuberisch, spezialistisch zersplittert und ohne zureichende wissenschaftstheoretisch-philosophische Kritik und Reflexion getrieben) werden und die ästhetischen und handwerklich-praktischen und angewandten Fächer entweder eine Randposition einnehmen oder ganz fehlen, ist an vielen Schulen in dieser Hinsicht Ausgewogenheit und Vielfalt erreicht.

5. Die Kritik an der Staatsschule läßt sich auch in die Feststellung fassen: Die Staatsschule besitzt kein Gesamtkonzept. Die Lehrpläne der Fächer werden in zeitlich, örtlich und inhaltlich getrennt arbeitenden Kommissionen erstellt, die überdies von der Methode der Zusammensetzung aus keine Gewähr für Kompetenz besitzen. Entsprechend kommt es in den Schulen auch kaum zwischen den Lehrern und Fächern zur Zusammenarbeit. Dieser Mangel hat überflüssigen Aufwand und geringe Lerndifferenz zur Folge.

Aus einem Gesamtkonzept könnte abgeleitet und begründet werden, welche Fächer (z.B. Erziehungslehre, Ernährungslehre, Rechtslehre, Psychologie, Moralerziehung usw.) in die Fächertafel aufgenommen werden sollten.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Erziehungslehre zu. Da die Schule die Stätte von Unterricht und Erziehung ist, wird mit dem Fach Erziehungslehre eine Ebene der Reflexion oberhalb der schulischen Praxis und zugleich in ihr etabliert, auf der diese Praxis kritisch bewußt gemacht und in besonderer Weise angeeignet werden kann. Erziehungslehre wäre ein Ort, an dem die leider fast völlig fehlende philosophische Ebene konstituiert würde. Was in diesem Fach für den Unterricht überhaupt geschieht, die philosophische Besinnung, müßte freilich in jedem Fach geleistet werden.

Aus Österreich wird gebeten:

Atomproblematik 44

Liebe Gesinnungsfreunde,

Überraschend kam die Erklärung des Vorarlberger Landeshauptmanns – sechs Wochen vor den Landtagswahlen – zugunsten der Atomenergienutzung, nachdem im November 1978 84,4 Prozent der Vorarlberger Wähler gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf gestimmt hatten.

Vielleicht wollen Sie in diesem Zusammenhang an Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler, Amt der Landesregierung für Vorarlberg, A-6900 Bregenz schreiben. (Bitte eine Kopie an die VORARLBERGER NACHRICHTEN, Kirchstr. 35, A-6801 Bregenz schicken!)

Offensichtlich ist das geplante Wasserkraftwerk Hainburg nur eine raffinierte Finte der E-Wirtschaft und Atomlobby, um die Natur-, Umwelt- und Lebensschützer zu verzetteln. Hauptziel der Energielobby ist Zwentendorf und zunächst sieben weitere AKW in Österreich.

Robert F. Par (WSL)

LH Keßler plötzlich für ein AKW

Erinnert sich LH Keßler noch an die Entscheidung der Vorarlberger Bevölkerung zu Zwentendorf 1978? Hält er die Vorarlberger für so unkritisch zu glauben, daß das Abschieben des Drecks nach China oder anderswo die Probleme der Radioaktivität löst oder schätzt er die Vorarlberger für so unsolidarisch ein, daß sie punkto Müll nach dem St.-Florian-Prinzip handeln? (Verschone mein Haus, zünd' andere an!)

Uns von der Alternativen Liste Vorarlberg wundert es, wie der Landeshauptmann leichtfertig mit dem Nein der Bevölkerung umgeht, zumal auch viele ÖVP-Wähler dagegen gestimmt haben!

Die Vorarlberger warten darauf, daß ihre 180 Mill. S (VKW-Beteiligung an Zwentendorf) für Energiequellen, öffentlichen Verkehr und damit für sinnvolle Arbeitsplätze eingesetzt werden.

Wir von der Alternativen Liste sind bisher leider immer noch die einzige Partei, die das Konrad-Lorenz-Volksbegehren unterstützt, das für uns ein sinnvoller Ansatz zur notwendigen Wende in der Energiepolitik darstellt.

Für die Alternative Liste
Dr. Heinz Vogel, Klaus
Dipl.-Ing. Gerd Köhler, Bregenz
Roland Stroppa, Bregenz

Mittwoch, 12. September 1984

Atomkraftwerke und Waldsterben:

Folgenschwere Erscheinungen wurden von Atomlobby jahrelang ignoriert

Univ.-Prof. Dr. **K. G. Vohra** vom Bhaba-Atomforschungszentrum in Tromby/Indien hat vor einem Jahrzehnt bei Langzeituntersuchungen der Wechselwirkung zwischen einem kohle- und ölgefeuerten Heizkraftwerk und dem in kurzer Entfernung davon gelegenen 40-Megawatt-Atomreaktor „Cirus" eine wichtige Feststellung gemacht: Durch die Abgase des Heizkraftwerkes, die vor allem Schwefeldioxid enthalten, nahm unter der Einwirkung der Sonnen- bzw. der Höhenstrahlung die Bildung von Kondensationskernen in der Luft geringfügig zu. Wenn aber radioaktive Abgase aus dem Atomreaktor hinzukamen, dann stieg in kürzester Zeit die Bildung solcher Kondensationskerne rapide an.

Die Ursache liegt in der Umwandlung des Schwefeldioxids (SO_2) in Schwefeltrioxid (SO_3), das ebenfalls ein Oxid des Schwefels ist, aber leichter feste Verbindungen eingeht. So bilden sich weitere Kondensationskerne, die sich dann am Boden niederschlagen.

Die von Prof. Vohra festgestellte Kombinationswirkung von freigesetzter Radioaktivität, chemischen Substanzen und Wärme auf die Umwelt wurde im Juni 1975 Gegenstand einer wissenschaftlichen Erörterung in Stockholm. Die Ergebnisse des Symposiums, an dem 133 Wissenschaftler teilnahmen, wurden zwar von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) unter der Nummer ISBN 92-0-020275-6 S. 209 ff registriert, jedoch mit dem Hinweis daß „... die dargelegten Ansichten nicht repräsentativ für die offzielle Meinung der Regierung der betreffenden Mitgliedsstaaten oder Organisationen aufzufassen sind", niedergeschlagen.

Nun vertreten viele vom Staat und Wirtschaft unabhängige Wissenschaftler die Meinung, daß die Atomindustrie und vor allem die IAEA dieser wichtigen Arbeit rechtzeitig die nötige Beachtung hätten schenken müssen; dann **wären viele Atomkraftwerke nicht in Betrieb gegangen und ein guter Teil unserer Wälder hätte noch gerettet werden können.**

Unter der Belastung dieses Vorwurfs versucht nun die Atomindustrie mit Gegengutachten die Bedenken der Bevölkerung zu zerstreuen und die gegen sie gerichtete wissenschaftliche Meinung zu entkräften. Gleichzeitig wird der Bau weiterer Atomkraftwerke forciert.

Inzwischen sind eine Reihe von Wissenschaftlern zu denselben Erkenntnissen gelangt wie vor einem Jahrzehnt der indische Atomwissenschaftler Prof. Vohra („VN" am 22. 12. 1983 und 4. 1. 1984). Es wäre an der Zeit, daß sich die Bundesregierung Gedanken darüber macht, wie sich bei Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf die radioaktiven Abgase zusammen mit den Abgasen des danebenstehenden Kohlekraftwerkes in Dürnrohr auswirken würden.

In seiner Ausführlichen Studie stellte Prof. Vohra fest: „Diese Versuche haben deutlich gezeigt, daß die Kombinationswirkung von SO_2 und radioaktiver Strahlung zu stärkerer Kondensationsbildung führt als die normale Photooxidation von SO_2 im Sonnenlicht."

Robert F. Par (WSL)

Bürgeraktion Stop Kalkar

Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung/Kalkar

Die Prozeßkoordinierungsgruppe

Liebe Freunde im WSL,

Wir bitten alle Mitglieder der Landesverbände, besonders die von Nordrhein-Westfalen, an dem **Erörterungs-Termin** teilzunehmen, den die Genehmigungs-Behörde/NRW angesetzt hat, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, Ihre Einwendungen und Bedenken gegen Bau und Betrieb des Schnellen Brüters zu äußern.

Dieser Termin ist für den 4. Dez. 1984 festgesetzt. Daran nehmen teil die Betreiber, die Genehmigungsbehörde und Bürger, die Einwendungen erhoben haben. Die **Erörterung** beginnt **um 10.30 Uhr, Einlaß 9.00 Uhr, und findet statt in 4230 Wesel/Niederrhein in der Niederrheinhalle.**

Man kann **Einwendungen** persönlich erheben und **an folgende Adresse** richten:

> An den Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
> Horionplatz 1, 4000 Düsseldorf.

Man kann aber auch sich den **Einwendungen auf der Sammelliste** anschließen.

Letzter Einsende-Termin ist der **22. Oktober (Poststempel),**

Die Einwendungen müssen sich gegen eine Änderung richten, die als letzte noch nicht genehmigt worden ist; das ist die Kernauslegung des Reaktortanks. Entgegen der 1. Teilerrichtungsgenehmigung, die das Konzept eines Brüters vorgesehen hatte, wird nun der Kern mit den Brut- und Brennstäben so verändert, daß der Brüter nicht mehr brütet, d.h. nicht mehr Brennstoff (= Plutonium) erzeugt als er verbraucht, sondern weniger. Das bedeutet keineswegs automatisch größere Sicherheit.

Es wäre von großer Bedeutung, wenn auf den Sammel-Listen zahlreiche Unterschriften gesammelt würden und vor allem zeitig bis spätestens zum 19. 10. 84 bei der Unterzeichnenden einlaufen würden. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir den Brüter stoppen werden!

Mit freundlichen Grüßen

Gerda Degen
Studiendirektorin i.R.

Kontaktstelle: Zahnstraße 23, 4130 Moers

Konto: Kreissparkasse Kalkar 5104633

Nitratbelastung von Mineralwasser

An den
Ministerpräsidenten
des Landes Niedersachsen,
Herrn Dr. Ernst Albrecht,
Postfach 223

3000 Hannover

Betr.: Nitralbelastung von Mineralwasser und Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz

---

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Presse berichtete über eine Untersuchung des Ökologie-Instituts Freiburg i. Br. zum Nitratgehalt von Mineralwasser. Als Beispiel verweisen wir auf die folgend eingefügte Ablichtung eines Berichtes der **„Badischen Neuesten Nachrichten"** (BNN), Karlsruhe, **vom 27. August 1984:**

Wir bitten Sie, zu veranlassen, daß uns die zuständige Stelle in der Ministerialbürokratie der Niedersächsischen Landesregierung folgende Fragen beantwortet:

1. Welche Behörde ist für die Überwachung der Qualität von Mineralwasser zuständig, das in Niedersachsen gefördert oder von Betrieben außerhalb Niedersachsens dort zum Verkauf angeboten wird?
2. Wie hoch ist der Prozentsatz der insgesamt in Niedersachsen vertriebenen Mineralwässer, die mehr als 10 Milligramm Nitrat pro Liter enthalten?
3. Wird bei einem Nitratgehalt von weniger als 10 Milligramm pro Liter auf die Eignung zur Säuglingsernährung hingewiesen?
4. Werden andererseits Angebote mit mehr als 10 Milligramm Nitrat pro Liter mit dem Vermerk versehen „zur Säuglingsernährung ungeeignet"?
5. Welche Behörden sind in Niedersachsen für die Überwachung der Qualität von Trinkwasser aus der öffentlichen Wasserversorgung zuständig?
6. Wie hoch ist der prozentuale Anteil von Trinkwasser mit einem Nitratgehalt von mehr als 10 Milligramm pro Liter?
7. Wurde jemals in Niedersachsen vor der Verwendung von Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz für die Säuglingsernährung gewarnt?
   Wenn ja: Wann, wo, wie oft, mit welcher Begründung und in welcher Form der Veröffentlichung?
8. Wie hoch ist der bisher höchste in der Trinkwasserversorgung Niedersachsens gemessene Nitratanteil pro Liter?
9. Wie hat sich der Nitratgehalt in der Niedersächsischen Trinkwasserversorgung in den letzten 10 Jahren entwickelt?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Erika Schröder **gez. Ernst Otto Cohrs**

Mineralwasser oft nitratbelastet

Ökologie-Institut: Jedes sechste Produkt ist verunreinigt

Freiburg (AP). Jedes sechste Mineralwasser auf dem deutschen Markt ist so stark mit Nitrat belastet, daß es für Säuglinge und im Einzelfall sogar für Erwachsene gesundheitsschädlich sein kann. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, die das Ökologie-Institut in Freiburg im Breisgau im Auftrag des Umweltmagazins „Natur" durchgeführt hat. Die Analyse erscheint im Septemberheft von „Natur".

Nach der Untersuchung des Freiburger Öko-Instituts wurden in 19 von insgesamt 108 getesteten Sprudelgetränken Nitratverunreinigungen zwischen zwölf und 58 Milligramm pro Liter entdeckt. Nach der deutschen Tafelwasser-Verordnung darf Mineralwasser mit mehr als zehn Milligramm Nitrat nicht „als zur Säuglingsernährung geeignet" angeboten werden.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß in vielen Orten der Bundesrepublik Eltern aufgrund zu hohen Nitratgehalts des Trinkwassers gezwungen seien, Tee und andere Getränke für ihre Kleinkinder mit Mineralwasser zuzubereiten. Nitrat, das vor allem durch Überdüngung in der Landwirtschaft in das Grund- und Trinkwasser gelangt, werde im menschlichen Körper in Nitrat umgewandelt, das den Sauerstofftransport im Blut von Säuglingen lahmlege und zur Blausucht führen könne. Bei Erwachsenen könnten sich nach Nitrataufnahme im Magen krebserregende Nitrosamine bilden.

Von den 108 getesteten Marken von Mineralwasser hatten 90 oder 83 Prozent weniger als zehn Milligramm Nitrat pro Liter aufzuweisen, ging aus dem Bericht des Freiburger Öko-Instituts hervor. Diese Tafelwasser wurden als gesundheitlich unbedenklich eingestuft. Zwölf Marken (elf Prozent) lagen zwischen 11,67 und 25 Milligramm Nitrat und dürfen deshalb nicht als „für Säuglingsnahrung geeignet" angeboten werden. Fünf Marken (4,6 Prozent) überschritten den Richtwert der EG-Trinkwasserrichtlinie von 35 Milligramm, und ein Tafelwasser erreichte diesen Wert. Ein „künstliches Tafelwasser aus Berlin", hieß es in der Analyse, habe sogar über dem Grenzwert der Mineral- und Tafelwasserverordnung von 50 Milligramm gelegen.

Das Magazin „Natur" stellte dazu fest: „Viele Mineralwässer aus der großen Gruppe der nicht gesundheitsgefährdenden Marken enthalten mehr Nitrat als das Trinkwasser der Großstädte Hamburg, München und Karlsruhe, das nur bis zu acht Milligramm Nitrat aufweist."

An die Mitglieder des LV Nordrhein-Westfalen

Leider müssen wir auf eine nicht nur für die Mitglieder des Landesverbandes verworrene Situation aufmerksam machen.

Das Landgericht in Köln hatte sich den Bedenken des Gerichtes in Bielefeld angeschlossen. Nachdem Wolfgang Teubert die Gültigkeit der von ihm selbst einberufenen Mitgliederversammlung angefochten hatte, entschied das Gericht – allerdings aus anderen als den angegebenen Gründen – daß noch einmal zu einer Mitgliederversammlung mit „Neuwahlen" eingeladen werden müßte. Diese wären zwar bereits im Frühjahr 1983 nach der Satzung zwqingend notwendig gewesen, jedoch hat nicht der erste Vorsitzende, sondern nur sein Stellvertreter und die Schatzmeisterin diesen Tagungsordnungspunkt den Mitgliedern mitgeteilt, was nicht anerkannt werden könnte.

Mit Schreiben vom 5. Oktober 84 erfuhren wir aber jetzt vom Landgericht Bielefeld: . . . „wonach der Verein vertreten wird durch die drei Vorstandsmitglieder **Graf Finkenstein, Dr. Strempel und Frau Klinksiek-Jonigkeit".**

Da der Landesverband nicht gleichzeitig durch zwei Vorstände vertreten werden kann, muß jetzt abgewartet werden, daß vom Gericht eindeutig entschieden wird.

Wichtiger Hinweis

Bitte beachten Sie unser neues Konto bei der **Volksbank Vlotho** (BLZ 49062112) **Konto-Nr. 556300.** Der Geschäftsverkehr wird ab sofort über dieses Konto abgewickelt.

Richtigstellung

Der mit dem 31. Dezember 1983 aus dem WSL ausgeschiedene Dipl. Phys. Karl Kromphardt bittet um folgende Richtigstellung:

> **„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem von Ihnen geleiteten früheren Landesverband Nordrhein-Westfalen des WSL und damit auch aus der durch Vlotho vertretenen Gruppierung.** Ich bitte Sie in diesem Sinne, zu veranlassen, daß ich ab 1984 von Ihnen oder aus Vlotho keine Zusendungen mehr erhalte, wie ich mich umgekehrt von da an zu keinen Leistungen mehr verpflichtet fühle."

Es war in den LSI 7/84 Seite 8 versehentlich gedruckt worden **„Zuwendungen"** statt Zusendungen.

Wir bitten, den Druckfehler zu entschuldigen.

Termine

23. November in Bochum

Öffentliches Podiumsgespräch veranstaltet vom WSL

Eine erweiterte Präsidiumssitzung, verbunden mit einer öffentlichen Podiumssitzung **„Natur und Mensch sterben, was tun die Parteien?"** findet am Sonnabend, den 24. November in Bochum um 9.00 Uhr statt. Die **Podiumsdiskussion,** zu der Vertreter aller Parteien eingeladen werden und von Seiten der Ökologiebewegung Dr. **Herbert Gruhl, UHW,** Dr. **Meersmann** (Kinderarzt, gegen Pseudokrupp) und Günther **Graf Finckenstein** für den LV NRW teilnehmen, findet statt in Bochum, den 23. November um 19.30 Uhr im Fiege Sudhaus, Luisenstraße 9-13, ca. 500 Meter vom Bochumer Hauptbahnhof entfernt. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen und die umwohnenden Mitglieder werden gebeten, sich bei der Werbung mitzubeteiligen.

Die erweiterte Präsidiumssitzung am darauffolgenden Sonnabend vormittag findet im gleichen Gebäude in einem kleineren Raum statt.

COLLEGIUM HUMANUM
16.-18. November 1984

Utopien von gestern – Wirklichkeit von heute

Dialog Dänemark – Deutschland zu Erfahrungen mit alternativer Technologie mit **Jens Rud Hansen** und anderen.

Im Rahmen dieses Seminars wird noch einmal **Dipl. Ing. Baur** über sein „Baur-Zündsystem" im Vergleich zu den Katalysatoren berichten.

20.-22. November

Neue Wege in der biologischen Obstbaumpflege

Mit dem Wald sterben auch die Obstbäume

Dieses Seminar will mögliche Wege der Therapie aufzeigen. Neben einem Vertreter des Landwirtschaftsministeriums NRW wird unter anderen der Tierarzt **Dr. Schell** aus Rastatt seine Methode zur Rettung kranker Waldbäume vorstellen, die in Baden-Württemberg auf mehreren Hecktar Wald geprüft wird.

Das angekündigte Georgien-Seminar muß leider verschoben werden. Interessenten können den neuen Termin im COLLEGIUM HUMANUM erfragen.

14.-16. Dezember 1984

Heilwerden durch sich selbst

Ein Seminar mit Rüdiger von Roden, Schüler und Mitarbeiter von Dr. **Karlfried Graf Dürkheim** und Dr. **Maria Hippius.** Herr von Roden ist hauptberuflich als Suchtkrankentherapeut tätig.

Interessierte werden gebeten, sich bis zum 1. Dezember im COLLEGIUM HUMANUM anzumelden. Ein Einzelprogramm wird dann zugesandt.

„Laßt sie leben!"

Betr.: Singvogel-Rettungsaktion in Italien im Oktober 1984

Auch in diesem Jahr sollen möglichst viele Vogelschützer dabei sein und helfen

Voraussichtl. Anreise Freitag, 19.10.1984 bis 15.00 Uhr

1. Aktion	**Samstag, 20.10.1984**
2. Aktion	**Sonntag, 21.10.1984**

Sie als Tierfreund und Tierschützer haben unseren Aufruf vernommen! Nachdem noch in Italien Vögel in Fangnetzen und Fallen unsinnigerweise getötet werden, wollen wir diesem Morden entgegentreten. In den vergangenen Jahren wurde dies so gehandhabt, daß wir uns der ENPA Bozen, der hilfesuchenden italienischen Tierschutzorganisation, zur Verfügung stellten.

Wie wird vorgegangen?

Zunächst bitten wir alle Tierschützer, die an diesem wichtigen Einsatz teilnehmen wollen, sich für Ende Oktober ein paar Tage freizuhalten. Der eigentliche Einsatz beginnt zur Hauptzugvogelzeit. Wenige Tage vorher informieren wir unsere Freunde, die sich zuvor schon zur Teilnahme angemeldet haben. Deshalb wichtig: Genaue Adressenangabe.

Wie läuft der Einsatz voraussichtlich ab?

1. Es wird empfohlen, daß sich immer mehrere Tierschützer zusammentun und gemeinsam an- und abreisen.
   Zu empfehlen ist z.B. eine Kleinbus-Mannschaft, damit man im Einsatzgebiet beweglich ist und notfalls auch im Bus schlafen kann.
2. Die Mitnahme von Zelt, Schlafsack, Kochstelle, warmer Kleidung, Lebensmittel, Wassersack usw. ist ratsam.
3. Der Treffpunkt wird in Bozen, Mustergasse 4, sein: ENPA.
   Die Einsatzstelle wird erst kurz vorher bekanntgegeben – sie wird irgendwo zwischen Udine und Bergamo sein.
   (Letztes Jahr gab es noch allein im Gebiet von Friaul 2500 Fanganlagen!)
4. Die Aktion muß unter allen Umständen gewaltlos durchgeführt werden. Bei Gefahr, von Vogelfängern angegriffen zu werden, darf man natürlich zurückweichen, niemals aber darf Gewalt mit Gewalt beantwortet werden.

Ziel der Aktion ist: Der italienische Vogelfang muß ein Ende finden!

Nur Mut! Italien gehört zur EWG und die EWG hat durch die **Berner Konvention** den Vogelfang verboten. Leider beachten viele Italiener das Verbot überhaupt nicht. Durch die Herbstaktion soll die Öffentlichkeit in Europa auf diese unmögliche Situation aufmerksam gemacht werden, so daß die staatlichen Organe nicht mehr anders können, als die Fanganlagen endlich zu verbieten und den Vogelfang unter Strafe zu stellen.

Ihre Salem-Tierhilfe
gez. Gerhard Lipfert
D-8652 Stadtsteinach
Salemdorf, Telefon 09225/75 oder 488



Diese und andere Scherenschnittkarten – auch als Weihnachtskarten – können Sie wieder beziehen durch Frau **Ursula Krügel, Am grünen Hang 1, 3550 Marburg/Lahn.** Frau Krügel hat auch noch Baumkalender und Heilkräuter-Geburtstagsbücher. Alle geben unsere bedrohte Pflanzenwelt in Scherenschnitten wieder.

Bestellschein

Name: ....

Wohnort (Postleitzahl) ....

genaue Anschrift: ....

bestellt hiermit die monatlich erscheinenden

LEBENSSCHUTZ-INFORMATIONEN

Den Betrag von 20,— DM habe ich auf das Postscheckkonto Hannover 2949-307 überwiesen.

Datum .... Unterschrift ....

Anschrift siehe Seite 16 (Impressum)

Gesundheit und Erholung

— AUSLAND —

— INLAND —

Geschäftliche Empfehlungen





Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Jonigkeit-Klinksiek, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 20,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck · Buch- + Offsetdruck · Lange Straße 94 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.